

Der Weg in die Krise des tertiären Sektors : Wachstumsgrenzen, Strukturwandel und Massenarbeitslosigkeit

Autor(en): **Zinn, Karl Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **13 (1993)**

Heft 25

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Karl Georg Zinn

Der Weg in die Krise des tertiären Sektors

Wachstumsgrenzen, Strukturwandel und Massenarbeitslosigkeit *

Wachstum und Strukturwandel sind zusammengehörende Erscheinungen. Wachstumsprobleme zeigen sich als Strukturprobleme und umgekehrt. Einzelne Unternehmen, einzelne Branchen und einzelne Volkswirtschaften weisen jeweils ihre spezifischen strukturellen Schwierigkeiten auf. Die Strukturprobleme haben in der jüngeren Vergangenheit durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Planwirtschaft erheblich zugenommen. Dieser Sachverhalt bedarf gerade in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland keiner detaillierten Erläuterung. Die Vielzahl einzelner als "strukturell" qualifizierter Wachstumshürden hat jedoch die Aufmerksamkeit für den langfristigen Strukturwandel, der auch unter ganz normalen Entwicklungsbedingungen in den Industrieländern verläuft, erheblich sinken lassen. Der langfristige Strukturwandel wird üblicherweise als sektoraler charakterisiert, weil es um die relative Anteilsverschiebung zwischen den zu Aggregaten zusammengefassten Sektoren der Volkswirtschaft geht, um Urproduktion, insbesondere die Landwirtschaft, um die Industrie und den Dienstleistungsbereich.

Der sektorale Strukturwandel wurde von *Jean Fourastié* in seiner nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichten Untersuchung dargelegt und theoretisch erklärt (1). Seine Theorie bot die Möglichkeit einer Prognose des Strukturwandels, die im grossen und ganzen recht gut empirisch bestätigt worden ist. Trotz dieser brauchbaren Theorie struktureller Veränderungen spielt weder in den Analysen noch in der Wirtschaftspolitik der langfristige Strukturwandel die ihm faktisch zukommende Rolle. Vielmehr herrschen punktuelle Problemerkklärungen vor, die zwar bestimmte Erscheinungen durchaus zutreffend deuten, aber dabei die grosse Linie aus dem Auge verlieren. Das prominenteste Beispiel einer solchen rein punktuellen Problemanalyse liefert die Diskussion über Innovationsschwächen.

Innovations- und Wettbewerbsstärken bzw. -schwächen sind relativ. Es gilt hierbei das Sprichwort, dass der Einäugige unter Blinden König ist. Diese Relativität bestimmt die Wahrnehmung. Sie erfasst die besseren und schlechteren Leistungen der Konkurrenz, und danach werden die eigenen Problemlösungsstrategien entwickelt und beurteilt. Der Überblick über die Gesamtsituation, gar über die längerfristigen strukturellen Veränderungen, bleibt jedoch ausserhalb des Horizonts jenes innovationspolitischen Relativismus. Theorien säkulären Strukturwandels – etwa das *Keynessche* Stagnationstheorem (2) und die noch weit präzisere Theorie Fourastiés spielen in der aktuellen Debatte kaum eine Rolle.

Fourastiés Theorie strukturellen Wandels bietet jedoch eine bisher weder widerlegte noch gar übertroffene Erklärung der Veränderungen, die die reifen Volkswirtschaften, d.h. der Länderblock der OECD, seit ein bis zwei Jahrzehnten erleben. Im Sinn dieser Einschätzung der Fourastiéschen Er-

kenntnisse werden sie den folgenden Ausführungen zugrundegelegt. Die relative Zunahme des Dienstleistungsbereichs wurde in einer breiten Literatur statistisch dargestellt und kommentiert. Daher ist es nicht erforderlich, dies hier nochmals zu referieren. Eine kurze Überblicksinformation mag genügen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Sektorale Beschäftigungsanteile bezogen auf die zivile Gesamtbeschäftigung in der OECD (Mehrjahresdurchschnitte)

	1960/67	1968/73	1974/79	1980/87
Landwirtschaft Produzierendes	18,6	13,6	11,0	9,2
Gewerbe	36,2	36,6	34,7	31,6
davon:				
Industrie	26,9	27,2	25,3	22,6
Dienstleistungen	45,1	49,8	54,3	59,1
Staatssektor	12,3	14,0	15,1	15,6

Quelle: OECD. Economic Outlook. Historical Statistics 1960–1987, Paris 1989, S. 36 ff.

Der Charakter der “zweiten strukturellen Revolution”

Etwa von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts verlief die erste strukturelle Revolution. Sie wurde von der industriellen Revolution ausgelöst und verwandelte die vormodernen Agrarökonomien in Industriegesellschaften. Das säkulare Wachstum der Industrie stiess in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts in mehr und mehr reifen Volkswirtschaften an Grenzen. Seitdem sinkt der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung, und die Beschäftigtenzahlen gehen auch absolut zurück. Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften der OECD lassen sich auf länderspezifische Ursachen zurückführen – nicht zuletzt auf Unterschiede der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit und der damit verbundenen Weltmarktposition einzelner Länder.

Die hohe aussenwirtschaftliche Verflechtung der OECD-Staaten untereinander macht es notwendig, den langfristigen Strukturwandel der einzelnen OECD-Mitglieder als Teil des sie alle erfassenden strukturellen Umstellungsprozesses zu begreifen. Dies bedeutet, dass beispielsweise einzelne OECD-Länder die fortlaufende Schrumpfung ihres Agrarbereichs bremsen oder gar stoppen können, wenn andere bereit und (politisch) in der Lage sind, eine entsprechend stärkere und/oder schnellere Reduktion ihrer Agrarproduktion und -beschäftigung zu realisieren. Analog lassen sich länderspezifische Unterschiede von Wachstums- und Schrumpfungsraten einzelner Industrien und schliesslich auch der jeweiligen Gesamtindustrie der einzelnen Länder deuten. In diesem Sinn hängen industrielles Wachstum in Japan und Deindustrialisierung in den USA oder anderen Volkswirtschaften zusammen.

Während der *ersten strukturellen Revolution* spielte sich Strukturwandel in erster Linie zwischen den Bereichen der materiellen Güterproduktion ab: Schrumpfung des Agrarsektors, Stagnation oder ebenfalls Schrumpfung älterer Industrien, aber zugleich Expansion industrieller Wachstumsbereiche.

Charakteristisch für die erste strukturelle Revolution war die Tatsache, dass trotz der wiederkehrenden konjunkturellen Krisen und temporärer Friktionen des industriellen Strukturwandels langfristig die Wachstumsindustrien gegenüber Stagnations- und Schrumpfungsbereichen überwogen. Mit Beginn der *zweiten strukturellen Revolution* änderte sich die Szene. Tendenziell nimmt die Zahl der Stagnations- und Schrumpfungindustrien zu. Wachstumsbereiche werden rarer und stossen rascher an Überinvestitionsgrenzen, so dass der industrielle Sektor insgesamt zur Stagnation neigt. Die zunehmende Schwierigkeit, die Kapazitäten auszulasten, beschleunigt die Konzentration. Dabei tritt das Motiv in den Vordergrund, durch Fusion Marktanteile zu übernehmen. Forschungs- und Entwicklungspotentiale zu erweitern und sich über die Branchengrenze hinweg auszudehnen (Diversifizierung). Diese branchenübergreifende Konzentration lässt sich als Folge branchenspezifischer Stagnation und der damit verbundenen Beschränkung rentabler Kapitalanlagen in den bisher vom Unternehmen bzw. Konzern bevorzugten Produktgruppen verstehen. Die Organisation eines in verschiedenen Branchen tätigen Konzerns verlangt neue Konzepte, neue Methoden, die Belegschaft auf die Unternehmensziele zu verpflichten. Daraus erklären sich zumindest teilweise die in jüngerer Vergangenheit aufkommenden Bemühungen um eine eigene Firmenphilosophie und Unternehmensethik (3).

Das Bemühen um Innovationen und Kostensenkungen wird selbstverständlich im Zuge der stagnationsbedingten Konkurrenzintensivierung für das einzelne Unternehmen noch dringlicher. Die verschärfte Wettbewerbslage gibt oberflächlich betrachtet auch plausible Argumente, Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten auszuüben und die Besteuerung von Gewinneinkommen zu senken. Makroökonomisch bzw. weltwirtschaftlich wirkt die Lohnsenkungskonkurrenz jedoch *krisenverschärfend*. Bei anhaltendem Produktivitätswachstum ergeben sich dauerhafte Verluste industrieller Arbeitsplätze. Wenn die skizzierte Entwicklung im wesentlichen der Realität entspricht, dann lassen sich durch Innovation und Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit die Probleme der zweiten strukturellen Revolution nicht lösen. Allenfalls gelingt es einzelnen OECD-Ländern, den intersektoralen Strukturwandel hinauszuzögern, indem den Industrien ihrer Handelspartner Marktanteile abgenommen werden.

Die beiden Grundtendenzen in Fourastiés Modell: Produktivitätswachstum und Sättigung

Fourastiés Prognose des strukturellen Wandels reifer Industriegesellschaften weist bekanntlich in die Richtung "*tertiäre Zivilisation*". Der beschönigende Gebrauch dieses Begriffs liegt nahe, wenn es darum geht, auch miese

Dienstleistungsjobs, die in einigen OECD-Ländern, insbesondere in den USA (4), während des vergangenen Jahrzehnts neu entstanden, als Vorboten jener schönen neuen Welt der Dienstleistungsproduktion hochzustilisieren. Fourastié hatte jedoch ganz andere Vorstellungen, welche Art von Dienstleistungen die tertiäre Zivilisation ausmachen: qualifizierte Tätigkeiten, die gut bezahlt werden, soziale Sicherheit gewähren und vor allem zur geistigen, kulturellen und moralischen Entwicklung der Gesellschaft, ja der Menschheit beitragen. Fourastié ist zwar kein geschichtsphilosophischer Determinist, aber seine Theorie suggeriert einen gewissen (markt-)wirtschaftlichen Fortschrittsautomatismus. Doch die Komponenten seiner Theorie gestatten bei relativ geringfügigen Modifikationen der Verhaltens- und Reaktionsprämissen des Modells auch die logische Ableitung anderer Entwicklungsalternativen, als er sie selbst propagierte und für wahrscheinlich erachtete. Statt in die tertiäre Zivilisation könnte die zweite strukturelle Revolution auch in eine *tertiäre* Krise führen.

Auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, erscheint es mit Blick auf die späteren Überlegungen doch vertretbar, kurz Fourastiés Theorie zu skizzieren. Er teilt die Gesamtwirtschaft in drei Sektoren, die nach ihren unterschiedlichen Produktivitätsentwicklungen voneinander abgegrenzt werden. Der primäre Sektor weist mittleres Produktivitätswachstum auf, der sekundäre das stärkste und der tertiäre das schwächste. Die drei Fourastiéschen Sektoren decken sich weitgehend mit der bereits vor Fourastié üblichen Differenzierung in Urproduktion, insbesondere Agrarwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Bei Fourastié handelt es sich jedoch um bewegliche Grenzen im Unterschied zu der starren statischen Definition der drei Bereiche. Denn, wenn etwa "Dienstleistungen" – entgegen Fourastiés Erwartung – doch rationalisierbar sind, somit Produktivitätserhöhungen erfahren, so müssten sie entsprechend dem Zuordnungskriterium (Produktivitätswachstum) einem der beiden anderen Sektoren zugewiesen werden. Andererseits wären Produktionen, die ihrer technisch-stofflichen Natur wegen herkömmlich der Industrie zuzugehören scheinen, bei geringem oder völlig fehlendem Produktivitätswachstum als tertiär zu qualifizieren.

Zwei langfristige Grundtendenzen bewirken den Strukturwandel: das Produktivitätswachstum und die mit steigendem Versorgungsniveau eintretende Sättigung. Der langfristige Anstieg der Produktivität bzw. sinkende Stückkosten führen zur relativen Preissenkung eines Gutes, so dass – je nach Reaktion der Nachfrage auf die Preisänderungen – der Verbrauch des betreffenden Gutes zeitweilig, aber nicht unendlich steigt. Vielmehr wird das Sättigungsgesetz bzw. das erste Gossensche Gesetz (Gesetz vom sinkenden Grenznutzen) wirksam. Der technische Fortschritt führt zu Produktivitätssteigerungen bei mehr und mehr Gütern, so dass auch diese Güter früher oder später in den Sättigungsbereich gelangen; eine weitere Produktionssteigerung wird nutzlos. Anhaltendes Produktivitätswachstum bei stagnierender Produktionsmenge führt aber zur Entlassung von Produktionsfaktoren; die Beschäftigung in der betreffenden Branche sinkt.

Das Zusammenspiel von Produktivitätsanstieg und Sättigung gibt die

Erklärung für den sektoralen Strukturwandel. Lebenswichtigste Güter wie Nahrungsmittel stossen im Verlauf des produktivitätsgegründeten Wachstums der Agrarproduktion zuerst an die Sättigungsbarriere: die landwirtschaftliche Produktion tendiert zur Stagnation und die landwirtschaftliche Beschäftigung sinkt rapide. Der Wechsel landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die nunmehr expandierende Industrie, mehr und mehr auch in den Dienstleistungsbereich, insbesondere in die produktionsbezogenen Dienste (z.B. Banken und Versicherungen, Transport, Marketing und dgl.), bescherte dem sekundären Sektor seine etwa einhundert Jahre dauernde Wachstumszeit.

Aus der optistischen Perspektive Fourastiés betrachtet wiederholt sich am Ende der industriellen Wachstumsphase ein sektoraler Strukturwandel analog zum Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft: die Industriegesellschaft ginge zur Dienstleistungsgesellschaft über. Die historische Abfolge von Produktivitätswachstum und Sättigung kann schneller oder langsamer verlaufen. Je rascher aber die Produktivität wächst, desto eher stellen sich auch Sättigungsphänomene ein. Alle einzelwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anstrengungen, produktivitätswirksame Innovationen zu beschleunigen, um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu verbessern, beschleunigen somit auch den Sättigungsprozess.

Die Krise des tertiären Sektors

Ein sozialetisch motivierter Kopf mit gesundem Menschenverstand könnte auf die Idee kommen, die reichen Industrieländer sollten ihr Stagnationsproblem lösen, indem sie ihren Überfluss den armen Ländern der Erde zukommen lassen. Diese im guten Wortsinn utopische Vorstellung liess sich bisher nicht einmal innerhalb der reichen Gesellschaften sinngemäss verwirklichen; vielmehr stieg mit der *Massenarbeitslosigkeit* auch die soziale Armut in der reichen OECD-Welt. Dennoch verdient die utopische Idee, wenigstens wirtschaftstheoretisch durchdacht zu werden. Um die Industrie der Reichen für den Bedarf der Armen produzieren zu lassen, müssen jene an diese Kaufkraft übertragen. Verzinsliche und rückzahlbare Kredite sind dazu ungeeignet: Verschuldung macht die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher. Erforderlich wären also Transfers zugunsten der armen Länder, und sie müssten für die innere Entwicklung dieser Länder eingesetzt werden – nicht für den Aufbau von exportorientierten Wachstumsinseln, die die duale Struktur der rückständigen Volkswirtschaften verfestigen und die *Überproduktionskrise* der reichen Länder weiter verschärfen.

Die angeführten Möglichkeiten, industrieller Stagnation zu begegnen, widerlegen wie erwähnt nicht die langfristig orientierte Theorie der zweiten strukturellen Revolution, aber sie täuschen die Wahrnehmung. Die Wahrnehmungsschwierigkeit wird weiterhin durch die ebenfalls bereits registrierte Tatsache erhöht, dass Wachstumsprobleme einzelner Industrien und Volkswirtschaften durchaus auch, d.h. neben den durch langfristige Struk-

turveränderungen bedingten Schwierigkeiten, Wettbewerbsschwäche, Innovationsträgheit, Managementfehler und dergleichen widerspiegeln können. Wenn solche Mängel erkannt sind, scheint die Ursache der Strukturprobleme evident zu sein, so dass tieferreichende Analysen als überflüssig, ja abwegig ignoriert werden. Doch während die relativ kleineren Übel mehr oder weniger erfolgreich therapiert werden, hat das grössere Zeit, sich weiter zu entwickeln. Jedenfalls fehlt bisher die Einsicht, dass den reifen Volkswirtschaften die Gefahr droht, sich auf eine tertiäre Krise zuzubewegen.

Der relative Rückgang des sekundären Sektors erfordert eine kompensierende Ausweitung des Dienstleistungsvolumens, wenn Vollbeschäftigung erhalten bleiben soll. Da schon der Strukturwandel innerhalb des sekundären Sektors in den vergangenen einhundert Jahren keineswegs bruchlos verlief, besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, dass es beim Übergang von der sekundären zur tertiären Produktion noch grössere Probleme gibt. Hierfür sprechen u.a. folgende Konstellationen:

- Strukturelle Arbeitslosigkeit bewirkt einen erheblichen Druck auf das gesamte Lohnniveau, so dass im Zuge des Strukturwandels die Masseneinkommen stagnieren oder gar (real) sinken können. Damit vermindert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit entsprechenden negativen Effekten auf alle Bereiche, d.h. es kann u.U. nicht einmal mehr das bisherige Absatzvolumen von Industriegütern gewährleistet werden.
- Ein grosser Teil der Dienstleistungsproduktion ist komplementär zur Industrieproduktion (= produktionsbezogene Dienste). Hier ist tertiäres Wachstum nur zusammen mit industriellem möglich.

Der marktwirtschaftliche Kapitalismus (5) führt nicht automatisch zur tertiären Zivilisation im Sinne der optimistischen Zukunftssicht Fourastiés. Vielmehr verläuft die wahrscheinlichere Entwicklung über ansteigende strukturelle Arbeitslosigkeit. Absenkung von Arbeitseinkommen in bestimmten Bereichen, Entstehung mieser Dienstleistungsjobs bzw. prekärer Arbeitsverhältnisse, Nachfrageausfall infolge dieser Einkommensminderungen und damit weiterer Beschäftigungsreduktion auch in der Industrie.

Der Weg in die tertiäre Krise bringt eine übermässige relative Schrumpfung der Industrie (Deindustrialisierung i.e.S.). Die Ausweitung von unproduktiven, wenig qualifizierten und unsicheren Dienstleistungsarbeitsplätzen, wie sie sich in rückständigen Ländern finden, und die vermeintliche Tertiarisierung stellen sich tatsächlich als Entstehung einer *dualen Wirtschaftsstruktur* mit entsprechender Spaltung der Arbeitsmärkte und sozialer Segregation heraus. Das schlagwortartig als "Zweidrittel-Gesellschaft" bezeichnete Negativszenario erfasst durchaus zutreffend die beschriebenen Tendenzen der tertiären Krise. Diese Entwicklung verschlechtert aber die Akkumulationsmöglichkeiten fortlaufend, denn unproduktive Bereiche sind eben keine attraktiven Investitionsfelder; und sinkende Durchschnittseinkommen vermehren die Absatzprobleme. Daher wird die Zunahme spekulativer Kapitalverwertung verständlich; wenn die Sachkapitalanlagen keine akzeptablen Gewinne bei vertretbaren Risiken mehr erlauben, sucht sich das Geldkapital andere Anlagekanäle. Der (temporäre) Anstieg der Börsenkur-

se, also die Preisinflation bei Spekulationsobjekten, ergibt sich als logische Konsequenz der Stagnation der produktiven Bereiche.

Die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrien in den OECD-Ländern verschärft die strukturellen Probleme in den relativ leistungsschwächeren Volkswirtschaften. Wo Konkurrenz vom Weltmarkt droht, findet die Klage über zu hohe Kosten, insbesondere zu hohe Löhne, viel Verständnis in der Öffentlichkeit. Mit dem Druck auf die Arbeitseinkommen verstärkt sich aber wie erwähnt das Nachfrageproblem. Das Versagen neoklassischer bzw. neoliberalistischer Politikkonzepte gegenüber der stagnationsbedingten Krise – der Vergleich der Neo-Laissez-faire-Philosophie der USA mit dem japanischen Interventionismus macht das hinlänglich deutlich – zwingt dann selbst die orthodoxen Marktgläubigen, "gewisse" staatliche Schutz- und Hilfsmassnahmen zu akzeptieren. Es ist daher kein Zufall, dass der Protektionismus seit mehr als zehn Jahren wächst und dass seit Mitte der siebziger Jahre das Wachstum der OECD-Länder sowie generell die Funktionsmechanismen der realen Marktwirtschaften immer staatsabhängiger geworden sind, was sich u.a. am Anstieg der Staatsverschuldung in den meisten Industrieländern zeigt.

Die *tertiäre Krise* ist durch den *Einkommensrückgang* breiter Schichten, kumulierende *strukturelle Arbeitslosigkeit* und die Entstehung *prekärer Arbeitsverhältnisse* charakterisiert. Manche Wirtschaftspolitiker und -theoretiker versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen. Sie plädieren für "hinreichend" niedrige Dienstleistungspreise, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Hinreichend niedrig meint generell, dass Arbeitslosigkeit gemäss der klassisch-neoklassischen Wirtschaftstheorie durch entsprechende Lohnsenkungen beseitigt werden könnte und müsste. Konkret hiesse dies etwa, dass die gut betuchten Mittel- und Oberschichten in die Lage versetzt werden, Haushaltshilfen, Gärtner, Chauffeure etc. einzustellen; selbstverständlich zu bescheidenen Konditionen. Um der Bereitschaft, solche unterbezahlten Arbeitsplätze anzunehmen, nachzuhelfen, sei ein Abbau von Lohnersatzleistungen und anderen Sozialtransfers geboten. Die USA bewegten sich seit mehr als einem Jahrzehnt in diese Richtung. Im Ergebnis wird zwar die Strukturkrise nicht überwunden, wohl aber ergibt sich eine Art *postindustrieller Feudalgesellschaft*.

Wenn abhängig Beschäftigte, die bisher durchschnittlich bezahlt wurden, von der Industrie entlassen werden und dann nur eine sehr viel geringer bezahlte Dienstleistungsbeschäftigung finden, so sinkt mit ihrem Einkommen eben auch ihre Kaufkraft. Der gesamtwirtschaftliche Nachfragerückgang vergrössert die Absatzschwierigkeiten der Industrie, so dass sich der relative Rückgang des sekundären Sektors beschleunigt. Die dem langfristigen Strukturwandel gemässe Reduktion industrieller Beschäftigung pervertiert zur übermässigen *Deindustrialisierung*. Damit reproduzieren sich die Kräfte, die die Abwärtsspirale in Richtung tertiärer Krise drehen. Der alte Widerspruch zwischen wachsendem Reichtumspotential der kapitalistischen Ökonomie und sinkendem Lebenshaltungsniveau breiter Schichten kehrt in neuem Gewand wieder.

Die tertiäre Krise verschlechtert auch die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte. Dass die kontraproduktiven Deregulierungsmassnahmen, die vermeintlich investitionsfreundlichen Steuersenkungen, die Privatisierungsbemühungen und dergleichen, die Finanzmisere des Staates noch verschärfen, lässt sich nicht nur, aber besonders deutlich an den USA ablesen. Die finanziellen Engpässe zwingen den Staat zu Ausgabenkürzungen; in der Regel treffen sie die schwächsten Schichten der Gesellschaft.

Die Kürzung der Sozialtransfers bildet in der Regel aber nur den Anfang der finanzpolitischen Reaktion auf die tertiäre Krise. Mit länderspezifischen Unterschieden bemächtigen sich Privatisierungs- und Einsparungspolitik dann auch des Bildungssektors und anderer kultureller Leistungsbereiche. Mit der Reprivatisierung der "Humankapitalbildung" – Beispiele: USA, Grossbritannien – werden nicht nur Zukunftsinvestitionen gekappt, was verheerende Langzeitfolgen auch für die ökonomische Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft hat, sondern es werden wesentliche Existenzbedingungen der Demokratie gefährdet. Wenn Bildung bzw. Humankapital wieder zum Privileg der begüterten Klassen zurückgestutzt wird, so könnte die Humankapital-Verteilung in der Gesellschaft künftig jene Klassengrenzen wieder herstellen, die zuvor vom Sachkapitaleigentum bestimmt waren. Denn das wesentliche Produktionsmittel der Zukunft ist *Humankapital*.

Die tertiäre Krise ist sozusagen das postindustrielle Gegenmodell zur tertiären Zivilisation i.S. Fourastiés. Als Negativbeispiel war die USA bereits mehrmals erwähnt worden. Als positiver Typus könnte Schweden gelten. Auch wenn am schwedischen Referenzmodell immer wieder gemäkelt wird, so steht doch ausser Frage, dass Schweden die Probleme der zweiten strukturellen Revolution im Rahmen der Möglichkeiten eines kleinen, weltwirtschaftlich eingebundenen Landes besser als andere bewältigt hatte. Arbeitslosenzahlen, Sozialstandards, Bildungssituation und welche Sozialindikatoren auch immer herangezogen werden, Schweden rangierte auf den vorderen Plätzen.

Fourastiés *tertiäre Zivilisation* ist durch hochwertige, kulturell anspruchsvolle und den Normen einer sozialen und demokratischen Gesellschaft entsprechende Dienstleistungen charakterisiert. Die empirischen Erfahrungen legen die These nahe, dass die "erwünschte" Tertiarisierung auf rein privat- bzw. marktwirtschaftlichem Weg nicht gelingt, sondern dass staatliche Beschäftigungspolitik, und zwar in der spezifischen Form einer Ausweitung des Staatsanteils ergänzend hinzu kommen muss. In diesem Sinn begründete bereits Adolph Wagner sein "Gesetz", das auf der Ausweitung staatlicher Aktivitäten auf die sogenannten Kultur- und Wohlfahrtszwecke – im Unterschied zu dem traditionellen Rechts- und Machtzweck staatlicher Tätigkeit – beruht.

Auf die politischen und sozialpsychologischen Konsequenzen der tertiären Krise einzugehen, ist hier nicht möglich. Der historische Zusammenhang zwischen der Entwicklung demokratischer Verhältnisse und der Entstehung der sogenannten Zivilgesellschaft einerseits und des (kapitalistischen) Wirtschaftswachstums mit seinen Wohlstandspotentialen anderer-

seits, lässt jedoch den Gedanken aufkommen, dass ein Verfall der kapitalistischen Wachstumswirtschaft und die postindustrielle Rückbildung der Wohlstandsgesellschaft auch die politischen und normativen Strukturen nicht unverändert lassen werden. Könnte der De-Industrialisierung auch eine De-Zivilisierung folgen? Könnte die wirtschaftliche Regression auch eine kulturelle, mentale, humane nach sich ziehen? Ein solcher Prozess geschichtlicher De-Modernisierung erscheint angesichts des vor wenigen Jahren noch für unmöglich erachteten Verfalls der Zivilgesellschaft auch in europäischen Ländern nicht mehr als reine Fiktion.

Die beiden von Fourastié herausgestellten Grundtendenzen, die den strukturellen Wandel erklären, Produktivitätswachstum und Sättigung, erlauben noch keine vollständige Beschreibung der langfristigen Entwicklung der bisherigen Industrieländer. Das Modell strukturellen Wandels muss um Keynes' "fundamentales psychologisches Gesetz" ergänzt werden. Denn es steht außer Frage, dass mit steigendem Einkommen nicht nur die Konsumdynamik insgesamt nachlässt, sondern dass auch die Konsumquote (Sparquote) sinkt (steigt). Theoretisch ist zwar denkbar, dass die Konsumquote bei 1 bzw. 100 Prozent verharrt und die Arbeitszeit in der Masse reduziert wird, in dem zusätzliches Einkommen nicht mehr attraktiv erscheint, aber bekanntlich neigen die Haushalte – mit länderspezifischen und milieuhängigen Unterschieden – dazu, einen Teil ihres Einkommens zu sparen. Sie bieten – bei einem bestimmten Lohnsatz – Arbeit zwecks Erwerbseinkommen an, um ihre Konsumbedürfnisse und ihr Bedürfnis nach Ersparnissen zu befriedigen (6).

Keynes führt einen relativ heterogenen Katalog von Sparmotiven an, um den empirischen Befund zu erklären, dass von einem gewissen Einkommensniveau an (fast) jeder Haushalt Ersparnisse bildet, also einen Teil seiner Arbeitszeit bzw. des Arbeitseinkommens – und analog bei Besitzeinkommen – der (Geld-)Vermögensbildung widmet (7). Diese Sparmotive ändern sich nicht beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, sondern müssen als anthropologisch bedingte Verhaltensstimuli, d.h. als Ausdruck bestimmter Bedürfnisse begriffen werden, nämlich für die Zukunft zu sorgen (8).

Die Aufteilung des Einkommens auf Konsum und Ersparnis impliziert die Aufteilung der Arbeitszeit in zwei entsprechende Komponenten. Hieraus leitet sich logisch die Hypothese ab, dass von einem bestimmten Einkommensniveau an ein Teil des Arbeitsangebots nicht auf Konsum-, sondern auf Ersparniswünsche zurückzuführen ist. Wenn die Ersparnis aber nicht mehr voll durch Investitionen "verbraucht" wird, weil es an gewinnträchtigen Investitionsmöglichkeiten zu fehlen beginnt, dann "spart" sich die Volkswirtschaft in die Arbeitslosigkeit hinein. Das sollte auch bei allen Sparappellen bedacht werden, die in Zeiten ohnehin hoher Arbeitslosigkeit aufflammen.

Die begrenzten Akkumulationsmöglichkeiten des tertiären Sektors sind in erster Linie nicht in jener technischen Begrenzung zu sehen, sondern ergeben sich aus dem gewinnwirtschaftlichen Kalkül. Tertiäre Leistungen

i.S. Fourastiés sind durch ihr geringes Produktivitätswachstum charakterisiert. Im Unterschied zur Industrie, die hohe Investitionen mit hohem Produktivitätswachstum verbindet und daher selbst bei konstanter Nachfrage Gewinne erzielt (nämlich durch sinkende Stückkosten bei konstanten oder unterproportional fallenden Preisen), können die Kosten im Dienstleistungsbereich nicht über Produktivitätssteigerungen, sondern nur über die Preise hereingeholt werden. Falls jedoch auch der tertiäre Sektor hohe Produktivitätssteigerungen realisiert und – gemäss der Fourastié'schen Definition – dann zum sekundären Sektor zählt, so spielt sich eben das alte Muster ab: steigende Produktivität – steigende Produktion bis zur Sättigung – Stagnation.

Die Gewinnaussichten des Kapitals im Dienstleistungssektor dürfte aus den skizzierten Gründen prinzipiell niedriger liegen als in der Industrie während der weiter zurückliegenden Vergangenheit, also während der ersten strukturellen Revolution. Das Keynesche Problem, freiwillige Ersparnis und freiwillige Investition auf dem Vollbeschäftigungsniveau in Einklang zu halten, stellt sich im tertiären Bereich mit seiner höheren Investitionsunsicherheit zwar prinzipiell nicht anders als in der Industriegesellschaft, aber die mögliche Diskrepanz zwischen Investition und Ersparnis ist noch grösser. Ohne wirtschaftspolitische Interventionen liegt somit auch das "tertiäre" Unterbeschäftigungsgleichgewicht noch weiter entfernt von der Vollbeschäftigung. Die tertiäre Krise, die im vorhergehenden Abschnitt ohne Rückgriff auf die Akkumulationsproblematik bereits als eine wahrscheinliche Entwicklungsalternative reifer Volkswirtschaften qualifiziert worden war, gewinnt vor dem Hintergrund des keynesianisch begründeten Investitionsdefizit noch an Plausibilität.

Resümee

Glatter Strukturwandel bildete eher die Ausnahme als die Regel. Nur wenn das Nachfragewachstum mit dem Produktionswachstum in etwa Schritt hielt, blieben grössere Strukturkrisen aus. Strukturkrisen wurden nur in den seltensten Fällen und dann auch nur mit erheblichen menschlichen und sozialökonomischen Kosten ohne massive Interventionen der Wirtschaftspolitik überwunden. Die zweite strukturelle Revolution wird diese wirtschaftsgeschichtliche Erfahrungen kaum widerlegen. Vielmehr müsste aus früheren Fehlern die Lehre gezogen werden, und die Wirtschaftspolitik sollte die theoretisch gebotenen Möglichkeiten nutzen, einer tertiären Krise vorzubeugen.

Bezogen auf den gesamten OECD-Raum (9), also die Gruppe der reifen Volkswirtschaften, gibt es heute mehr Stagnations- und Schrumpfungindustrien als Wachstumsindustrien. Die relativ wenigen Wachstumsfelder werden zudem sehr rasch vom anlagesuchenden Kapital besetzt, so dass auch dort schneller als in der Vergangenheit Überakkumulationsprobleme eintreten. Während der zurückliegenden Phase industriellen Wachstums überwogen die Wachstumsindustrien die Stagnations- und Schrumpfungs-

branchen; dies kennzeichnete die Expansion während der ersten strukturellen Revolution.

Die zeitweilig erheblichen Friktionen im innerindustriellen Strukturwandel provozieren auch liberalistisch gesinnte Regierungen zu Interventionen. Mit der grösseren Problemdimension, die die zweite strukturelle Revolution auszeichnet, müssten auch der Interventionsgrad und vor allem die dem langfristigen Strukturwandel angemessene Langfristorientierung der Wirtschaftspolitik zunehmen. Das neokonservative Quasi-Laissez-faire (USA, Grossbritannien), das meint, auf den Marktautomatismus vertrauen zu können und ihn deshalb durch Abbau staatlicher Regelungen *revitalisieren* möchte, hat sich empirisch als Fehlschlag erwiesen. Damit ist die theoretische Kritik, die im voraus an jener wirtschaftspolitischen Strategie geübt wurde, bestätigt worden.

Die Erwartung, durch Innovation und Innovationsförderung (Technologiepolitik einerseits und angebotsorientierte Massnahmen andererseits) die Strukturprobleme bewältigen zu können, folgt dem wirtschaftsgeschichtlich überholten Muster, innerindustrielle Schwierigkeiten strukturellen Wandels durch Förderung von Wachstumsindustrien zu überwinden. In einer durch internationale Konkurrenz gekennzeichneten Umwelt kann zwar auf diese traditionelle Industrieförderung nicht verzichtet werden, aber sie kann heute nicht mehr das leisten, was ihr in der Vergangenheit der ersten strukturellen Revolution möglich war; nämlich Wachstum durch Wachstum der Industrie zu erreichen. Vielmehr ist Industriepolitik gegenwärtig eine notwendige Defensivstrategie, um eine übermässige, auch für den Strukturwandel dysfunktionale Deindustrialisierung zu vermeiden. Die *strukturpolitische* Zukunftsaufgabe liegt jedoch in der Vorkehrung gegen eine tertiäre Krise bzw. gegen den postindustriellen Neofeudalismus.

Anmerkungen

* Gekürzter und mit zusätzlichen Anmerkungen versehener Beitrag, der zuerst unter dem Titel "Dienstleistungsgesellschaft oder Krise des tertiären Sektors?" in WSI-Mitteilungen 1/1993, Düsseldorf, erschien.

- 1) Fourastié, J.: Die grosse Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954 (franz. Erstausgabe: Paris 1949).
- 2) Vgl. u.a. Keynes, J.M.: Some economic consequences of a declining population, (1937), In: derselbe, The Collected Writings, Bd. 14, The General Theory and After, Part I, London 1973, S. 124-133. – Derselbe: The long-term problem of full employment. In: ebenda, Bd. 27: Activities 1940-1946, London 1980, S. 320 f, passim.
- 3) Vgl. Dugger, W.M.: Institutional Analysis of Corporate Power. In: Journal of Economic Issues, Bd. 22, I, März 1988, S. 79-111.
- 4) Vgl. Bluestone, B., Harrison, B.: The Great American Job Machine: The Proliferation of Low Wage Employment in the U.S. Economy. A Study Prepared for the Joint Economic Committee. (Washington D.C.) Dez. 1986.
- 5) Wenn die ursprüngliche Konzeption der "Sozialen Marktwirtschaft", die Alfred Müller-Armack im Anschluss an Wilhelm Röpke als "Dritten Weg" zwischen Laissez-faire und totalitärer Verwaltungswirtschaft 1946 entworfen hatte und die als "soziale Marktwirt-

schaft" im Wahlprogramm der westdeutschen CDU zur ersten Bundestagswahl 1949 breitenwirksam propagiert wurde, als Beurteilungsgrundlage für die jüngeren Veränderungen in der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung benutzt wird, so lässt sich feststellen, dass eine sukzessive Auszehrung der sozialen Komponente zugunsten des Übergangs zu einer liberalistisch definierten "freien" Marktwirtschaft stattfindet. Dieser Sachverhalt wird keineswegs nur durch den seit Beginn der 1980er Jahre vollzogenen Abbau von Sozialleistungen belegt, sondern weitaus wichtiger ist der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für Vollbeschäftigung und soziale Symmetrie der Verteilung. Die wachsenden Schwierigkeiten, die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren und auf dem gewohnten Niveau zu halten, resultieren erst aus den ansteigenden Arbeitslosenzahlen: der Aufwand für die Arbeitslosigkeit steigt, die Kosten der der Arbeitslosigkeit zwangsläufig folgenden sozialen Armut wachsen, und mit der Entfernung vom Vollbeschäftigungsniveau gehen Sozialbeiträge und Steuereinnahmen verloren. – Vgl. zum theoretischen Entwurf der "Sozialen Marktwirtschaft", Zinn, K.G.: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim u.a. 1992, S. 31ff.

- 6) Die Zusammenfassung des Gossenschen Sättigungsgesetzes und des Keyneschen fundamentalen psychologischen Gesetzes kann als Gossen-Keynesche Regel bezeichnet werden. Vgl. Zinn, K.G.: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg 1986, S. 80ff.
- 7) Keynes, J.M.: The General Theory of Employment, Interest, and Money, London 1964, S. 107f. – Zinn, K.G.: Keynes "fundamentales psychologisches Gesetz" und dessen Vorwegnahme von Lujo Brentano, erscheint in: Zeitschrift für Wirtschaft und Sozialwissenschaft 4/1994.
- 8) Brentano, L.: Versuch einer Theorie der Bedürfnisse, München 1908, S. 10f. (Schriften der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften Nr. 10, 1908).
- 9) Vgl. Therborn, G.: Arbeitslosigkeit, Strategien und Politikansätze in den OECD-Ländern. Hamburg 1985.

Die Zahl der Arbeitslosen in der EG steigt weiter an. Laut EG-Statistikamt Eurostat in Luxemburg lag die Arbeitslosenquote für den Monat März saisonbereinigt mit 10,2 Prozent um einen ganzen Prozentpunkt über der vom März 1992 (FAZ, 12.5.93). In den Ländern der EG sind also gegenwärtig 17 Millionen Menschen arbeitslos. Und diese Zahl werde vermutlich weiter zunehmen, stellen die Sozialminister der EG fest (FAZ, 7.4.93)

Arbeitslosenquoten in der EG Stand März 1993

in Prozent

